

Steuerreform auf sozialistisch

In der Koalition rumort es. Selbst die sehr zahmen Vermögenssteuer-Forderungen der SPÖ stoßen auf heftigen Widerstand der ÖVP. Neben diesem üblichen Schein-Geplänkel hat auch der ÖGB eine Kampagne gegen die „kalte Progression“ gestartet: Die hohen Lohnsteuern würden Lohnerhöhungen auffressen. Was davon zu halten ist und was die SLP dazu zu sagen hat.

Seite 2

Schottisches Referendum

Am 18. September 2014 wird ein Referendum über eine mögliche Unabhängigkeit Schottlands abgehalten. Phil Stott, Sozialist aus Schottland, erklärt warum Unabhängigkeit alleine nicht reicht, aber warum ein sozialistisches Schottland als Teil einer freiwilligen sozialistischen Föderation Sparpolitik und Armut beenden könnte.

Seite 12

Schwerpunkt

Naturkatastrophen hat es immer schon gegeben. Deren Häufigkeit und ihre Auswirkungen aber spitzen sich zu. Die Gründe dafür liegen in der kapitalistischen Proftwirtschaft. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 230 | 07/08.2014



Nicht einmal im Sommer, wo bei Bau und Tourismus mehr Leute arbeiten und die fertigen Lehrlinge noch in der Behaltefrist sind, geht die Arbeitslosigkeit zurück. 354.639 Menschen

Das zeigt überdeutlich, dass die Schuld für Arbeitslosigkeit nicht bei den Arbeitslosen liegt.

Die „Lösungen“ von Wirtschaft und Politik sind v.a eines: absurd! Wir sol-

billiger und flexibler arbeiten, dann horten sie noch mehr Geld - Jobs werden damit nicht geschaffen, aber die Gewinne erhöht.

Auf der einen Seite Arbeitslose, auf der anderen Seite immer mehr Krankheiten wegen Überarbeitung. Absurd! Die einfachste Lösung liegt auf der Hand: Die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, eine Arbeitszeitverkürzung. Aber würden wir da nicht weniger verdienen? Warum? Am gesamtgesellschaftlichen Reichtum ändert sich ja nichts. Und davon ist in Österreich, in Europa und sogar weltweit genug da. Nur verteilt ist

dieser Reichtum, den wir alle durch unsere Arbeit geschaffen haben, sehr ungleich. Doch warum entscheiden einzelne KapitalistInnen über das Wohl Aller? Warum nicht die Unternehmen gemeinsam im Sinne der Allgemeinheit betreiben?!

Bleibt die Frage: In was für einem kranken System leben wir eigentlich? Eines, von dem nur wenige profitieren. Nun, wir sind viele: hunderttausende Arbeitslose, zehntausende Jugendliche, denen die Zukunft verbaut wird, Hunderttausende, die von diesem System in die Armut getrieben werden, Millionen, die gera-

de so durchkommen. Es ist unsere Entscheidung, ob wir ihnen die Macht über uns lassen, oder ob wir uns zusammenschließen, uns organisieren und wehren, um dieses System von Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!
- Eine kämpferische Kampagne von GewerkschafterInnen und AktivistInnen!
- Übernahme der großen Firmen durch Beschäftigte und Gesellschaft!
- Schluss mit dem absurden kapitalistischen System!

Die Arbeitslosigkeit ist ein Dauerproblem. Die PolitikerInnen sind dauerhaft unfähig, es zu lösen!

sind offiziell beim AMS gemeldet, um 16,2 % mehr als letztes Jahr. In Wirklichkeit sind weit über 400.000 Menschen betroffen. Auf eine offene Stelle kommen zehn BewerberInnen, auf eine offene Lehrstelle drei.

len billiger, länger und flexibler arbeiten. Ihre Logik: geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. Doch die Investitionen gehen zurück. Es mangelt nicht am Geld, das horten die Unternehmen. Wenn wir länger,

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die Bundeshymne ist mir wurst, Songcontest und Liveball auch. Erstere ist ein nationalistisch-christliches Lied, die beiden anderen haben bestenfalls Unterhaltungswert. Bemerkenswert aber, wie aggressiv die angeblich Tugendhaften auf alles, was nicht in ihr angeblich gottgegebenes Bild von Frau, Familie und Sexualität passt, reagieren: Beschimpfungen, Vandalismus, körperliche Attacken und sogar Morddrohungen. Eine Front aus religiösen FundamentalistInnen, Rechtsextremen, der FPÖ und Teilen der ÖVP wird immer aktiver. Und sie sind Träger der herrschenden Ordnung. En-

Staatstragende Musi

gels hat bereits 1884 auf den Zusammenhang von Frauenunterdrückung, Geschlechterrollen, Familien und Staat hingewiesen. Jeder Staat, in dem eine kleine herrschende Klasse über die Mehrheit der Bevölkerung herrscht, braucht die traditionelle Familie zur Aufrechterhaltung der Macht. Machtgefälle, die auf dem unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen aufbauen, stabilisieren die Klassengesellschaft. Anders gesagt: wer die Kohle hat, schafft an. Die FPÖ propagiert „Freie Frauen“, ihre Jugendorganisation macht klar wie diese auszusehen haben: blond, jung, nackt. Allzeit bereit zur Fortpflanzung – so gibt's Nachschub an künftigen Arbeitskräften. Frauen, die zuhause sind, entlasten aktuell Sozialstaat und Arbeitsmarkt.

Der mediale Fokus lenkt ab. Die Töchter-in-die-Hymne-Debatte soll Probleme wie sinkende Löhne, steigende Mieten, fehlende Jobs überdecken, wohl auch ein Grund für die Polarisierung. Wenn Heinisch-Hosek sich feministisch gibt, ändert das nichts daran, dass sie eine reaktionäre Hymne verteidigt und Sozialabbau gerade bei Frauen betreibt. In den Konsequenzen ihrer Politik sind die FundamentalistInnen und die RealpolitikerInnen oft gar nicht so weit auseinander. Gegen Angriffe von Beiden gilt es, Widerstand von unten – von Frauen und Männern – zu organisieren.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08.20202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Nicht nur die „kalte Progression“

33 MilliardärInnen in diesem Land halten ein Vermögen von 119 Mrd. €. 2013, als u.a. bei Öffentlichem Dienst und Gesund-

Löhne gefunden: die „kalte Progression“. Sie sagen, ihre eigentlich toll verhandelten Lohnerhöhungen wären von der Steu-

für echte Lohnerhöhungen zu kämpfen, versucht der ÖGB jetzt, die Regierung mit Unterschriften zu „überzeugen“.

Richtig ist: In Österreich werden vor allem Einkommen besteuert, Vermögen kaum. Der Gesetzesentwurf der SPÖ für Vermögenssteuern ist mit 0,5 % extrem niedrig und brächte laut Finanzministerium gerade mal Mehreinnahmen von 125 Mio. €/Jahr. Angesichts von Bankenrettungspaketen und Milliardärvermögen lächerlich wenig! Tatsächlich gibt es in Österreich fast eine Flat-Tax – ein Vorteil für die Reichen! Es braucht daher eine echte, progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung!

Tilman M. Ruster

Die Steuervorschläge von ÖGB und SPÖ sind viel zu wenig!

heit gespart wurde, wuchs deren Reichtum um 9 %! Gleichzeitig stagnieren oder sinken Reallöhne.

Da macht der Vorstoß des ÖGB für eine Steuerreform Sinn. Der Druck auf die ÖGB-Spitze hat in letzter Zeit deutlich zugenommen. In vielen Betrieben in vielen Branchen wurde über die schlechten Lohnabschlüsse gemurrt. Die ÖGB-Spitze hatte schnell einen Schuldigen für die real sinkenden

er aufgefressen worden. Viel zu fressen gab es für die Steuer bei diesen Abschlüssen aber eh nicht.

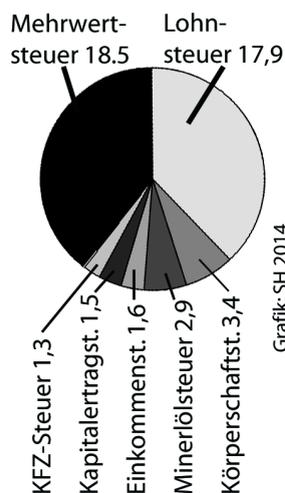
Mit der ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter“ wird bestenfalls eines der Probleme angegangen. Neben der kalten Progression gibt es noch andere Gründe für sinkende Löhne: steigende Preise, schwache Lohnabschlüsse, hohe Arbeitslosigkeit und unsoziale Massensteuern. Statt

Eine echte Steuerreform müssen wir selber erkämpfen!

Profil veröffentlichte die „Bitte“ einiger Reicher um eine Vermögenssteuer. Sie wollen eine solche Steuer lieber zu ihren Bedingungen einführen, als dass eine echte Umverteilungssteuerreform von unten erkämpft wird. Weder die ÖGB-Spitze, die schon bei zig KV-Verhandlungen ihre Zaghaftigkeit gezeigt hat, noch die SPÖ, die sich auf Sonntagsreden beschränkt, und sicher nicht die Reichen selbst werden eine echte Vermögens- und

Erbschaftssteuer einführen. Es gilt, die Kampagne des ÖGB aufzugreifen, aber deren Gestaltung nicht der ÖGB-Führung zu überlassen. BetriebsrätInnen und AktivistInnen müssen die Forderung nach Lohnsenkung mit jener nach ordentlichen Abschlüssen verbinden und eine kämpferische Kampagne organisieren, die nicht nur Unterschriften sammelt, sondern auch Proteste auf der Straße und in den Betrieben organisiert.

Bundessteuern in Milliarden (Quartal 1-3/2013)



ArbeiterInnen wirklich entlasten – Konsumsteuern abschaffen!

Deutlich stärker als die Löhne wird in Österreich der Konsum besteuert. Laut Beispielen von respekt.net können Konsumsteuern bis zu 34 % des verfügbaren Einkommens auffressen. Dabei gilt: je höher das Einkommen, desto weniger zahlt man davon an Konsumsteuern. Denn je mehr Geld man zur Verfügung hat, desto weniger Anteil davon muss ich für Wohnen, Lebensmittel, Fahrkarten und Kinobesuche ausgeben. Niedrige Einkommen wer-

den enorm belastet, während MillionärInnen diese Steuer kaum bemerken. Eine Steuerreform mit dem Ziel einer Umverteilung von Oben nach Unten müsste also auch hier ansetzen. Die SLP fordert die komplette Abschaffung aller Konsumsteuern! Statt dessen braucht es neben der Erbschafts- und Vermögenssteuer auch eine konsequente Besteuerung von Unternehmen, die in den Vorschlägen von SPÖ und ÖGB auch keine Rolle spielt.

NIE UM EINE AUSREDE VERLEGEN

Wir müssen so viel verdienen, weil...



Sozialistische Prinzipien & Verhaltenskodex

Ob **Burgtheater** oder ÖBB – täglich erreichen uns Neuigkeiten über Korruption. Die Kombination aus politiknaher Korruption

heraus. Neos, FPÖ und Teile der Grünen versuchen Aktionismus, der als Reaktion auf die Unzufriedenheit entstanden

können sie nicht verhindern – nun versuchen sie zu beschränken, dass bekannt wird, was dort aufgedeckt wird.

Unser Weg ist ein anderer: CWI-Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit in Parlamenten, Gewerkschaften etc. nur ein normales ArbeiterInnengehalt. Denn es ist wichtig zu wissen, wie die Menschen leben müssen, die man vertreten will. Ohne Privilegien kommen die KarrieristInnen gar nicht erst. D.h. auch, Parlaments-, Betriebsrats- oder Gewerkschaftsfunktion nicht für einträgliche Nebengeschäfte oder Posten zu nutzen. Diese Prinzipien leiten sich aus unseren politischen Ideen ab. Wir vertreten sie in der Gewerkschaftsbewegung und werden sie in den Entstehungsprozess einer neuen ArbeiterInnenpartei einbringen.

Michael Gehmacher

„Verhaltenskodex im Parlament“ geisterte durch die Medien – ein durchschaubares Manöver.

tion + hoher Arbeitslosigkeit + Unfähigkeit der politischen Kaste, Probleme zu lösen, hat die Wut vieler Menschen gesteigert. Das Establishment versucht gegenzurudern: Die ÖVP brachte nach Strasserskandal und Diernbacherprozess (ÖVP-Verwicklung in den Kärntner Korruptionssumpf) einen Verhaltenskodex für ÖVP-PolitikerInnen

den ist, zur Aufbesserung ihres Images zu kopieren. Im Juni versuchten ÖVP und SPÖ, in die Offensive zu gehen: mit dem Vorschlag für einen Verhaltenskodex im Parlament und einem Verbot zur Veröffentlichung „sensibler Daten“ von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht

Gerade die Veröffentlichungen über Skandale kann Nährstoff für politische Bewegungen sein. Auch daher verweigern die SLP- und CWI-Mitglieder, die in verschiedenen Parlamenten international tätig sind, Geheimhaltung gegenüber der Bevölkerung. So wurden z.B. die ehemaligen EU-Abgeordneten Paul Murphy und Joe Higgins immer wieder aus heiklen EU-Arbeitsgruppen ausgeschlossen, weil sie nicht bereit waren, sich an Geheimhaltungsabkommen zu halten.

Die ungleiche Steuerlast in Österreich

Für jemanden, der sein Geld behalten will, dazu kein Arbeitseinkommen braucht und reisebereit ist, hat das österreichische Steuersystem etwas parat. Man verlegt seinen Steuerwohnsitz einfach dorthin, wo man keine/wenige Steuern zahlt und ist 183 Tage im Jahr nicht im Land. Und wenn man bleibt? Im OECD-Vergleich (26 Länder) liegt Österreich bei (diversen) Vermögenssteuern mit 0,5 % an drittletzter Stelle, Britannien mit 4,1 an erster.

Offiziell gibt es in Österreich mit drei Steuerstufen eine Steuerprogression; für Menschen mit höherem Einkommen gibt es auch eine höhere Besteuerung dieses Einkommens. Doch aufgrund der diversen Ausnahmen (z.B. der einheitliche Steuersatz bei der Kapitalertragssteuer), Abschreibungsmöglichkeiten etc. gibt es in Österreich praktisch kaum eine Steuerprogression und damit de facto eine Flat Tax.

Die Konsumsteuern treffen Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark, haben keinen Lenkungseffekt und dienen nur d1993 wurde die Vermögenssteuer abgeschafft, 2008 liefen Schenkungs- und Erbschaftsteuer aus. Seit 1993 sind steuerschonende Stiftungen möglich, mit einer Eingangsbesteuerung von gerade mal 2,5 %. Rund 3.500 Stiftungen halten Vermögen, Firmenbeteiligungen und Immobili-

en. Die meisten sind „eigennützig“. Zu zahlen sind nur 25 % auf Zinserträge. Wer die Begünstigten sind, muss nicht veröffentlicht werden. Geldbeschaffung. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sind 2000-2010 von 2.726 auf 3.900 Mio. Euro gestiegen. Und mit dem neuen Regierungspaket wurde es noch mehr: auf Tabak von 20 auf 25 Cent/Packung in drei Etappen bis 45 Cent, die NOVA bei Neuwagen ist bereits gestiegen.

Der rechte Rand

Die Bildung einer Fraktion unter Le Pen, Strache & Co. im EU-Parlament bleibt vorerst aus. Doch für die Elite der nationalistischen Parteien Europas ist ein Zusammenschluss nicht vom Tisch. Bemühungen für eine Vereinigung als Fraktion sind nur die Spitze des Eisbergs. Auch an der Basis der Rechtsextremen bestehen enge Kontakte auf internationaler Ebene. So z.B. die „Europäische Aktion“ (EA): Sie marschierte gemeinsam mit GegnerInnen der Regenbogenparade in Wien auf und verteilte Flyer, in denen u.a. die Aufhebung des Verbotsgesetzes und eine neue „Reconquista“ Europas gefordert wurde! Bekannt von den „Identitären“, bezeichnet die Reconquista die blutige „Säuberung“ der iberischen Halbinsel durch christliche Truppen im Mittelalter mit zehntausenden Toten. Die im hauptsächlich deutschsprachigen Raum vernetzte „Europäische Aktion“, mit engen Kontakten zur NPD, steht weit außen am rechten Rand und ist auch in Österreich präsent. So kommt es, dass die „Aula“ Leserbriefe des „österreichischen Landesleiters“ Hans Berger abdruckt. Bernhard Schaub, ein weiteres aktives Mitglied und sogar Mitbegründer der „Europäische Aktion“, ist ein Schweizer Neonazi und Holocaustleugner. Er sieht Europa als „Heimat der weißen Rasse“. Ebenso die „EA“, denn diese fordert zum Beispiel eine „Repatriierung außer-europäischer Einwanderer“. Die europäische „Identität“ ist das Ergebnis diverser Völkerwanderungen und Migrationsbewegungen der letzten Jahrtausende. Die Fieberträume der Rechtsextremen sind eigentlich nur mit der Entvölkerung Europas möglich....

Stefan Gredler

In **Britannien** regieren seit 1970 die Konservativen unter Heath. 1973 folgt der EU Beitritt. Die wirtschaftlichen Probleme und die Kosten im Zuge des Beitritts werden seit Anfang der 1970er Jahre durch eine galoppierende Inflation auf dem Rücken der ArbeiterInnenklasse abgeladen. 1971 reicht es den Bergarbeitern - sie fordern eine 43%ige Lohnerhöhung. Die Regierung bietet nicht einmal die Inflation. Am 9.1.1972 treten die Bergarbeiter zum ersten Mal seit 1926 in den Streik. Die Regierung ruft den Staatsnotstand aus. Anfang Februar kriecht die Regierung zu Kreuz und stimmt einer massiven Lohnerhöhung

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

zu. Der Streik zeigt die Abhängigkeit Britanniens von Kohle, aber auch die Stärke der ArbeiterInnenklasse. Ende 1973 wiederholt sich das Ganze während der Öl-Krise: Lohnforderungen - Streik der Bergarbeiter - Staatsnotstand. Heath führt mit Jahreswende 73/74 die 3-Tage Woche mit erheblichen Lohnverlusten ein. In der Auseinandersetzung ruft er Neuwahlen unter dem Slogan „Wer regiert, wir oder die Gewerkschaft?“ aus. Die Wahlen vom 28.2.1974 enden mit der Niederlage der Konservativen und dem Sieg der Labour Party. Die militante Strömung in der Labour (heute Socialist) Party warnte davor, Illusionen in die neue Labour-Regierung zu setzen. Und sie hatte Recht. Thatcher hat die Lektion gelernt und bricht im Bergarbeiterstreik 83/84 die einst mächtigen britischen Gewerkschaften. Denn Labour hatte den Auftrag der ArbeiterInnen nicht erfüllt...

Albert Kropf

Erfolg für kämpferische Liste

Das Programm der Liste entstand durch gemeinsame Diskussion vieler interessierter KollegInnen. Von Beginn an war klar, dass es sich nicht um eine „one man/woman-show“ handeln soll. Zu berücksichtigen sind die mannigfaltigen Tätigkeiten und sozialen Stellungen in der Belegschaft. Hier wollen wir Angleichungen - nach oben! Dies gilt besonders für Neueintretende und solche, die aufgrund ih-

kampf traten wir mit Plakaten, Foldern, Gesprächen und selbstgemachtem Konfekt auf.

Doch vor uns liegen Herausforderungen, die gar nicht süß sind. Zwar ist das TMW als Bundesmuseum mittlerweile im Vollrecht (= Geschäftsführung ähnlich einer GmbH), doch betont selbst die Museumsordnung in §1/(2), was wir für selbstverständlich halten: Die wissenschaftliche Anstalt verfolgt aus-

„Mehr Geld für Bildung und Kultur“: Zwei Mandate für kämpferische Liste im Technischen Museum.

rer Lebensumstände (z.B. Studium) befristete Jobs annehmen müssten. Die schon seit acht Jahren unter dem Namen Auge/UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen) antretende Oppositions-Liste vereint KollegInnen aus unterschiedlichen Bereichen des Hauses. Im Wahl-

schließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke [...], und ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Das Problem ist nun, dass seit der Jahrtausendwende die Basisabgeltung des Bundes nicht der Inflation angepasst und somit de facto jedes Jahr gekürzt wurde. Sie beträgt nach wie vor 11,551 Mio.- Alle Kosten jedoch wachsen ste-

MEN SETZEN VIELLEN BESCHÄFTIGTEN HART ZU
ECHE LOHNERHÖHUNGEN VERBESSERN AUCH DAS ARBEITSKLIMA TRANSPARENZ IST GERADE ANGESICHTS VON GELDKNAPPHEIT WICHTIG WIR WOLLEN WISSEN WIE ES UM UNSER HAUS STEHT DIE FORDERUNG NACH MEHR GELD FÜR BILDUNG UND KULTUR IST MEHRHEITSFÄHIG GEMEINSAM MIT KOLLEGINEN ANDERER MUSEEN AKTIV DRUCK DURCH ÖFFENTLICHKEITS-WIRKSAME MOBILISIERUNG AUFBAUEN SOLIDARISCHES MITEINANDER ERKÄMPFEN NEIN ZUM GEGENEINANDERAUSSPIELEN VON KOLLEGINEN AUFGRUND VON HERKUNFT GESCHLECHT TÄTIGKEIT ABTEILUNGSZUGEHÖRIGKEIT UND ALTER PROBLEME DURCH PREKÄRE SOWIE ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE NICHT HINNEHMEN VIELE SCHLAGEN SICH MIT UNTERBEZAHLUNG BEFRISTUNGEN SOWIE UNKLAREN JOB-PERSPEKTIVEN DURCH DIE FOLGE IST MANGELNDE BINDUNG ZUM HAUS WIR WOLLEN ARBEIT VON DER MAN GUT LEBEN KANN FÜR NACHHALTIGE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE DIE SICHERHEIT GEBEN UND EINE LÄNGERFRISTIGE LEBENSPLANUNG ERMÖGLICHEN

neuhold / schwenter / groschup / wendelin / jandrisits / wagner / tillmanns / braula / rendl / gartner / stritzinger



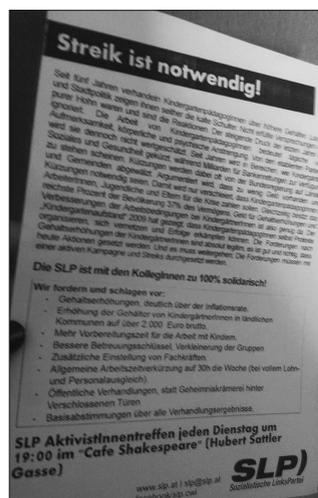
an! Unter Annahme einer Valorisierungsrate von ohnehin nur 2 % entgingen dem Museum dadurch in knapp eineinhalb Jahrzehnten über 22 Mio. Es wäre locker eine Ausweitung des Gratis-Eintritts auf Alle (nicht nur Kinder und Jugendliche) möglich!

Eine koordinierte Kampagne ist nötig, um in der

Öffentlichkeit Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen aufzubauen. Am besten mit KollegInnen aller betroffenen Museen. Das ist langfristig der beste Weg, um das kulturelle Erbe, die materiellen Schätze sowie v.a. alle Arbeitsplätze zu verteidigen!

Franz Neuhold
(Mitglied im Betriebsrat)

Salzburg: Arbeitskampf der KindergartenpädagogInnen!



Am 27 fand die Dienstlebensversammlung der Salzburger KindergartenpädagogInnen statt. Seit Jahren wird von Landes- und Stadtpolitik die Verbesserung der Arbeitsbedingungen verweigert. Nun reicht es den KollegInnen und sie setzten erste Maßnahmen. Den ganzen Vormittag blieben die Kindergärten geschlossen. In Gesprächen zeigte sich, dass es den KollegInnen v.a. um bessere Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen

und mehr Personal geht. Viele zeigten sich über die aktuelle Politik frustriert und fühlen sich von dieser nicht respektiert.

Die SLP ist solidarisch und beteiligte sich mit dem Vorschlag, den Arbeitskampf zu einem Streik auszuweiten. Die Entscheidung der KollegInnen zeigte sich darin, dass viele die Forderung positiv aufnahmen. „Das ist das, was wir brauchen!“ war von einigen zu hören. Grundsätzlich kamen un-

sere Positionen und Flugblätter gut an. Wichtig ist es nun, den Kampf weiterzuführen und sich nicht durch billige Kompromisse abspesen zu lassen. Seit Jahren wird im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich gekürzt, während 1 % der Bevölkerung 37 % des gesamten Vermögens besitzt. Ein Streik ist daher ein richtiger Schritt, um Druck auf Regierungen und die herrschende Klasse auszuüben.

Lukas Kastner

10.000 gegen Erdoğan: Tayyip İstifa!

Über 10.000 Menschen demonstrierten am 19.6 in Wien gegen Erdoğan's Wahlkampf-Auftritt. Der türkische Regierungschef ist u.a. verantwortlich für das gewaltsame Niederschlagen der Gezi-Park-Bewegung, hunderte Tote bei „Arbeitsunfällen“ in Bergwerken und religiöse Gesetzgebung. Mit verstärkter Ausbeutung der ArbeiterInnen und Repression soll die Wirtschaftskrise überwunden werden. Ein breites linkes Bündnis aus türkischen, kurdischen und österreichischen Organisationen rief zu Protesten auf.

Die SLP, auch im Vorjahr bei Soli-Demos gegen Erdoğan aktiv, war Teil des Bündnisses und mit AktivistInnen aus Gmunden, Graz, Linz, Salzburg, Wels & Wien dabei. In einer zweisprachigen Sondernummer von Vorwärts erklärten wir, dass sich die gewerkschaftsfeindlichen, neoliberalen und repressiven Angriffe Erdoğan's von der Politik in Österreich nur durch das Ausmaß der Angriffe unterscheiden. Konzerne, die auch in Österreich demokratische Grundrechte und Rechte der ArbeiterInnenbewegung ignorieren oder abschaffen wollen (z.B. den 8-Stunden Tag), sind Investoren in der Türkei und profitieren von der Ausbeutung türkischer und kurdischer ArbeiterInnen.

Auch in Österreich werden linke Demonstrationen von der Polizei angegriffen (auch bei der Demo gegen Erdoğan kam es zu Übergriffen), KritikerInnen mit Mafia-Paragrafen eingeschüchert und sitzen religiöse (hier christliche) FundamentalistInnen in der Regierung. Die Härte der Angriffe wird sich mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise jener unter Erdoğan annähern.

Die Kritik österreichischer PolitikerInnen am Erdoğan-Besuch ist eine Farce. Regierung und FPÖ sind tatsächlich seine Wahlhelfer, weil sie ganze Bevölkerungsgruppen diskriminieren und damit ermöglichen, dass er sich als Vertreter von türkisch- und kurdischstämmigen Menschen aufspielen kann. Oppositionelle, die von seinem Regime flüchten müssen, werden größtenteils abgeschoben.

Wirkliche Opposition zu Erdoğan's Politik heißt v.a., gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen zu fordern. Das unterstrich Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP, bei ihrer Rede auf der Demo und forderte volles Wahlrecht, vollen Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn als echte Opposition zu heimischen und ausländischen Gewerkschaftsfeinden. **Flo Klabacher**



Polizeigewalt nimmt zu

Anfang Juni fuhr ich mit einigen Mitglieder der SLP aus Salzburg und Linz nach Wien zur Demo gegen Burschenschaften und

Nach kurzer Zeit des Wartens kam jedoch nicht die U-Bahn, sondern ca. 40 PolizistInnen in voller Montur. Schon auf der

U-Bahnstation hinaus. Es ist eine Frechheit, dass ich mich regelrecht vor der Polizei fürchten muss, wenn ich meine Meinung

Der Staat schlägt um sich: Es gibt kaum mehr eine linke Demonstration ohne massive Polizeigewalt!

ihr „Fest der Freiheit“. Während der Demo haben wir sehr viel positive Reaktionen der PassantInnen beobachten können, viele TouristInnen konnten nicht verstehen, warum die Rechten überhaupt marschieren dürfen. Gut kam auch an, dass wir soziale Fragen aufgriffen. Nach Ende der Demonstration begaben wir uns zur nächstgelegenen U-Bahnstation.

Rolltreppe haben sie sich einen migrantischen Demonstranten ausgesucht und sind auf diesen mit voller Wucht losgestürzt. Sie haben ihn ohne ersichtlichen Grund gegen den Lift geknallt und gewürgt. Nach wenigen Minuten war das Zusammenschlagen eines wehrlosen Demoteilnehmers zu Ende und sie stürmten, mit ihm in der Mitte, zur anderen Seite der

äußere, indem ich an einer Demo gegen Burschis teilnehme! Die Aktion in der U-Bahn-Station war wohl die Rechtfertigung für den gewaltigen Einsatz auf der Demo. Diese ließ sich nämlich nicht von den 1.500 PolizistInnen, den Wasserwerfern oder den Polizeihubschraubern provozieren und verlief friedlich!

Sarah Krenn



Mit der SLP gegen religiöse und gewalttätige Fundis!

Am 14.6. fand am Stephansplatz in Wien der „Marsch für die Familie“ gegen die Regenbogenparade statt. Rund 100 fundamentalistische ChristInnen sowie rechtsextreme NationalistInnen aus u.a. der Slowakei, Polen und der Ukraine hetzten gegen Homosexualität, Frauenrechte, Abtreibung und Sexualunterricht an Schulen. Die SLP war mit Mitgliedern aus Graz, Salzburg, Linz und Wien vor Ort, um PassantInnen darüber aufzuklären,

wie gefährlich diese Gruppe FundamentalistInnen ist. Es kam zu spannenden Gesprächen und Diskussionen. Viele AktivistInnen versuchten anschließend, gemeinsam den Marsch zu blockieren, die Polizei prügelte jedoch den Weg für die Fundis frei. Polnische Rechtsextreme entrissen SLPlerInnen eine Tafel und eine Fahne. Hier blieb die Exekutive tatenlos, verhaftete jedoch später fünf linke AktivistInnen.

Stefan Gredler

Termin des Monats



Die SLP-Sommerdebatten

Jeden Mittwoch finden in Wien die SLP-Sommerdebatten statt. Mit Diskussionen, Filmen und Arbeitskreisen werden Themen wie Sexuelle Gewalt gegen Frauen, Umwelterstörung, der Kampf gegen die Neue Rechte, die Situation in der Ukraine und die Wahlen in der Türkei behandelt. Im Anschluss ist Zeit für die Fortführung der Diskussion im lockeren Rahmen.

Jeden Mittwoch um 19⁰⁰; Wien 7 – Amerlinghaus (Raum 4), Stiftgasse 8 (erreichbar mit U2, U3, 49)

Es war komisch und empörend zugleich: Im 21. Jahrhundert berichten die großen TV-Kanäle Europas stundenlang live von der prunkvollen Krönung des neuen spanischen Königs, ohne zu kritisieren, dass in dieser albernen Kostümzeremonie Millionen Euro vernichtet werden. Nichts darüber, dass gleichzeitig Millionen SpanierInnen dank des sozialen Kahlschlags ihrer Regierung in bitterem Elend leben. Stattdessen: Begeisterung über Luxuskleider und Schmuck, die Mitglieder des Königshauses zur Schau stellen. Warum begeistern sich Bürgertum und bürgerliche Medien für so überholte Einrichtungen wie Mo-

Rote Seitenblicke

narchie und Adel, die seit Langem keine politische oder wirtschaftliche Funktion mehr erfüllen? Zum einen sind KönigInnen ein nützliches Maskottchen für bürgerliche Staaten, die scheinbar als neutrale Vermittler über den Klassen stehen und unparteiisch für Gerechtigkeit sorgen. Nur dass sie in Wirklichkeit immer die Ordnung der Reichen und Mächtigen stützen. Zum anderen: Die bürgerliche Klasse wird fürchten, dass auch ihre eigene Macht und ihre eigenen Privilegien unter Beschuss geraten könnten, wenn die Menschen erst einmal beginnen, am Beispiel des Adels darüber nachzudenken, welchen Sinn eine Klasse hat, die von der Arbeit anderer lebt. Wird begonnen, kritisch über die Funktion einer Klasse nachzudenken, werden sie in ihrer Kritik nicht dort stehenbleiben. Also sollen die Leute über das glitzernde Prinzessinnenmärchen auf dem Bildschirm lieber ihre eigene Not vergessen, als lästige Fragen zu stellen.

Fabian Lehr



Das Erbe der WM

Die Spannung der WM wurde durch die bittere Erkenntnis ersetzt, dass für all den Pomp die ArbeiterInnenklasse Brasiliens einen hohen Preis

46.000 Sitzplätze, der lokale Fußballverein hat im besten Fall 3.000 Fans. Drei Arbeiter starben bei den Bauarbeiten für dieses Stadion, damit gera-

den aus ihren Wohnungen in den Favelas vertrieben und paramilitärische "Befriedungs"einheiten haben arme, v.a. schwarze Stadtteile terrorisiert.

stand. Und trotz der aggressive Reaktion der Polizei und der Versuche, die Streiks zu verbieten haben die brasilianischen ArbeiterInnen sicher gestellt, dass ihre Stimme gehört wird. Wohl noch keine WM war von so vielen Berichten über die Proteste begleitet.

Die Gründe für die Proteste waren die Armut, die Ungleichheit und die kapitalistische Ausbeutung. Kein einziges dieser Probleme wurde gelöst. Die WM ist vielleicht vorbei, aber der Kampf für ein besseres, ein menschenwürdiges Leben wird weitergehen. Ich bin gespannt, was geschieht, wenn die Olympischen Spiele 2016 nach Rio kommen.

Brettros

Die WM hat uns ein Monat gefesselt: Mit Toren, aber auch mit sozialem und politischem Drama

bezahlen musste. Hunderte Millionen wurden für Stadien ausgegeben von denen viele nie wieder benützt werden. Das drastischste Beispiel dafür ist

Arena Amazonia in Manaus. Es führt keine Straße nach Manaus, das Baumaterial aus Portugal musste tausende Kilometer weit über den Amazonas per Schiff gebracht werden. Das Stadion hat

de einmal vier WM-Spiele dort gespielt werden können.

Um die Unterstützung der Bevölkerung für die WM zu gewinnen, wurde der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei dem viel im Argen liegt, versprochen. Doch als die Bauarbeiten die Zeitpläne nicht einhalten konnten waren genau das die ersten Projekte, die gestrichen wurden. Tausende wur-

Die Skandale, die Korruption sind nichts Neues, sondern treten bei jeder WM, bei allen Olympischen Spielen der letzten Jahrzehnte auf. Herausragend aber waren die massiven Reaktionen der brasilianischen Bevölkerung. Millionen haben sich daran beteiligt, zu Beginn der WM gab es einen Streik der U-Bahn-ArbeiterInnen, auch die LehrerInnen in Rio traten in den Aus-

Esra: "Politik betrifft uns alle"

Vorwärts: Siehst du dich als politische Musikerin?

Esra: Ich hab am Anfang gar nicht gewusst, dass ich politisch bin - die Leute sind auf mich zugekommen und haben gesagt ich bin politisch. Dabei habe ich nur über Sachen gerappt, die mich beschäftigen. Es ist wichtig, sich politisch zu äußern, weil es uns betrifft. In meinem Umfeld, bei den türkischen Jugendlichen, gibt es viele, die sagen, uns inter-

essiert Politik nicht. Aber Politik betrifft uns alle, auch wenn wir uns nicht mit ihr beschäftigen. Der 12-Studententag, die Zentralmatura, sie betreffen dich.

Vorwärts: Wen willst du mit deiner Musik erreichen?

Esra: Ich will mit meiner Musik nicht nur die Leute erreichen, die eh immer dagegen sind, sondern auch andere. Mit Musik kann ich dem Gegenüber eine Chance ge-

ben, drüber nachzudenken. Ich will Feindbilder abreißen. Ich nehme Themen, die alle betreffen, z.B. das Schulsystem, das MigrantInnen extrem benachteiligt, Rassismus. Einmal ist eine Freundin von meiner Mutter zu mir gekommen. Sie hat zu mir gesagt „Ich wurde zwangsverheiratet, von meinem Mann geschlagen, bitte schreib einen Text für mich.“ Das ist das, was wir wollen - Leute erreichen.



Foto: Özgün Yazar

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Im Kapitalismus ist die Zukunft düster

Umweltkatastrophen häuften sich dramatisch in den letzten Jahren. Durchaus bekannt sind z.B. die Stürme, die immer heftiger und zahlreicher die US-Küsten heimsuchen, die Ausbreitung der Sahara, das Schmelzen der Polkappen etc. Grundsätzlich hat es Klimawandel im Laufe der Erdgeschichte schon oft gegeben, jedoch verläuft es diesmal viel schneller.

dem Land mit dem höchsten CO₂-Ausstoß, wird einfach behauptet, die die globale Erwärmung wäre eine Erfindung, anstatt Geld für den Umweltschutz einzusetzen. Währenddessen wird die Zerstörung des Planeten im Wettbewerb um Rohstoffe, Märkte und Absatz weiter fortgesetzt. Treffen tut es wie so oft die Mehrheit der Bevölkerung, vor allem die Ärmsten und

Wenn der Kapitalismus noch länger so weiter zerstört, sieht unsere Zukunft düster aus. Der aktuelle Prozess der Erwärmung kann laut UNO schon nicht mehr rückgängig gemacht werden – mittlerweile geht es um Schadensbegrenzung. Selbst bei einem sofortigen Stopp jeglicher CO₂-Emissionen würde die weltweite Durchschnittstemperatur ansteigen, das

Millionen sein. Wie mit dieser Situation im Kapitalismus umgegangen wird, lässt sich nur allzu gut am Vorgehen der EU im Bezug auf die Lampedusa-Flüchlinge erkennen.

Wenn die Erderwärmung etwas Menschengemachtes ist, heißt das dann, dass wir alle verantwortlich dafür sind? Nein, denn die Entscheidung darüber, was und v.a. wie produziert wird, liegt bei jener kleinen Schicht von KapitalistInnen, die auch die Profite einstreichen. Während in diversen Fernsehsendungen und Dokus ala Al Gore davon gepredigt wird, dass doch die Leute endlich ihre Lebensweise ändern sollten, sind die EigentümerInnen von z.B. Öl- und Automobilkonzernen weiterhin nicht bereit in umweltschonende Technologie zu investieren (obwohl genug Geld vorhanden wäre). Die Macht der KonsumentInnen ist beschränkt und wird nur deshalb so

betont, um von den wahren Verantwortlichen abzulenken.

Die Zerstörung des Planeten, die Zunahme von "Natur" katastrophen zeigt die Unfähigkeit dieses Wirtschaftssystems! Krisengipfel und diverse Übereinkommen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Zuerst wird auf unsere Kosten zerstört, dann sollen wir auch noch für die Schäden aufkommen. Das regt immer mehr Menschen auf. Der Kampf für eine menschenwürdige Zukunft bedeutet auch, die Umweltzerstörung als Element der kapitalistischen Misswirtschaft zu bekämpfen. Denn sehr lang kann es nicht mehr so weitergehen: die Betroffenen beginnen sich auch zu solidarisieren. Nicht nur um sich gegen Naturkatastrophen zu schützen, sondern auch um gegen Kapitalismus zu kämpfen.

Simon Stockhammer

Der Kapitalismus zerstört die Umwelt, und wir sollen die Zeche zahlen.

Grund dafür ist das kapitalistische System, in dem, nur um die Profite zu erhöhen, auf umweltschonende Maßnahmen, wie Filteranlagen oder effektives Recycling größtenteils verzichtet wird. Trotz umfassender Warnungen und bedrohlicher Prognosen von ExpertInnen wird einfach so weiter gemacht. In den USA,

Schwächsten. Denn jene die genug Vermögen haben sich Hochwasserschutz zu leisten, stabil zu bauen oder einfach abzubauen wenn es gefährlich wird, werden weniger das Problem haben, dass ihnen das Wasser bis zu um Hals steht oder sie mit ansehen müssen, wie ihr Heim vom Wirbelsturm davongebblasen wird.

bisher von WissenschaftlerInnen erstellte "worst case"-Szenario geht sogar von acht Grad bis 2050 aus. Durch Austrocknung und den Anstieg des Meeresspiegels werden große Regionen der Erde unbewohnbar. Schon jetzt flüchten Millionen Menschen vor den Folgen der Umweltzerstörung, dann werden es geschätzte 220

Katastrophe =/= Katastrophe**Erdbebenopfer im Vergleich:**

Haiti 2010	160.000 Tote
Japan 1995	6433 Tote
Italien 1980	2914 Tote
USA/SF '89	63 Tote
USA/LA '94	72 Tote

Alle Beben Stärke 6,7 - 7,1

Grafik: SH 2014

Zahlen und Fakten:

Katastrophe ist nicht gleich Katastrophe. Abhängig von den sozialen Bedingungen (und daher auch der Qualität der Häuser und Schutzmaßnahmen etc.) schwankt die Zahl der Opfer teils dramatisch. Reiht man Naturkatastrophen nach der Zahl der Toten, fanden die schlimmsten Katastrophen in armen Regionen statt:

- **Tsunami im indischen Ozean 2004: 230.000 Tote**
- **Erdbeben in Haiti 2010: 160.000 Tote**
- **Zyklon in Bangladesch 1991: ca. 140.000 Tote**
- **Zyklon in Myanmar 2008: 138.366 Tote**
- **Erdbeben in Pakistan 2005: 100.000 Tote**

Auch die Hilfe wurde und wird sehr ungleich verteilt:

- Nach dem Tsunami im indischen Ozean 2004 konzentrierten sich die internationalen Hilfsmaßnahmen vorerst ausschließlich auf die Rettung von BürgerInnen westlicher Staaten. Die hauptsächlich betroffenen BewohnerInnen der Region mussten lange warten. In Sri Lanka verhinderte die Armee Hilfslieferungen an die Gebiete der tamilischen Minderheit, während ein Großteil in den Wahlkreis des späteren Premierminister Rajapaksa ging.

Österreich – das SpenderInnenland?

- Die Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, schmücken sich gerne mit der Großzügigkeit

Österreichs gegenüber von Katastrophen betroffenen. Bundeskanzler Schüssel versprach 2004 50 Mio. Euro für den Wiederaufbau in Südostasien. Das meiste davon kam nie an. Nur 8,8 Mio. Euro wurden überhaupt ausbezahlt, wie groß der Anteil davon ist, der in der Bürokratie und aufwendigen Werbekampagnen verschwand, ist nach wie vor unklar.

Helfen Spenden an NGOs?

- Seit den 90er Jahren ist die Zahl der Nichtregierungsorganisationen sprunghaft angestiegen. Durch Spenden finanziert und von Idealismus getragen, bekämpfen sie angeblich die Armut. Gebracht hat das bisher wenig. In Pakistan etwa ist die Zahl der NGOs zwar dramatisch gestiegen, aber auch die Armut seit den 90ern von 34 % auf 51 % der Bevölkerung. NGOs arbeiten mit lokalen Regierungen zusammen und erhalten dadurch eine systemtragende Wirkung. Ein bedeutender Teil der Spenden geht in Verwaltung, Werbekampagnen, Infrastruktur vor Ort und westliches Personal. Bei den Menschen selbst kommt nur ein Bruchteil des Geldes an. Dann schon lieber internationale, sozialistische Solidarität!

Es gibt wenig „Natürliches“ an Naturkatastrophen

Zweifelsohne hat es in der Geschichte immer wieder Naturkatastrophen gegeben. Die Häufigkeit und v.a. die materiellen und humanitären Auswirkungen haben jedoch in den letzten Jahrzehnten ungekannte Ausmaße angenommen. Die Gründe dafür liegen in

und Korruption kam es, gerade in ländlichen Gemeinden, auch zur Umwidmung von aufgrund der Hochwassergefahr ehemals nicht für Baumaßnahmen vorgesehenen Grundstücken. Die oft ahnungslosen HäuslbauerInnen bauten in Überflutungszonen.

Häuser der Armen konnten dem Erdbeben nicht standhalten und stürzten, ebenso wie ca. 7.000 billig gebauten Schulen und etwa 3.000 Klinken, über den Menschen zusammen. Nach dem Beben standen nur noch die meist aus Beton errichteten Häuser der Reichen und ein Gutteil der ebenfalls stabilen Einrichtungen des Militärs. Um 2005 gab die pakistanische Regierung 45 % ihres Budgets für das Militär aus, nur 1,7 % ging in den Gesundheitsbereich. Wochenlang leistete die Regierung kaum Hilfe in der Region.

„Es ist, als ob ein Gigant die Stadt eingeebnet hätte.“
(Augenzeuge Jamal, CWI-Pakistan)

der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Fall 1: Hochwasser in Österreich (regelmäßig) - Beinahe jährlich rufen Medien ein „Jahrhunderthochwasser“ aus. Die Auslöser sind Jahr für Jahr die gleichen. Vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung, maßgeblich bedingt durch die kapitalistische Profitwirtschaft, wird die Verdunstung verstärkt, was zu mehr Regen führt. Hinzu kommt das Schmelzen der Gletscher (die Alpengletscher haben sich in den letzten 150 Jahren mehr als halbiert, besonders seit den 70er Jahren ziehen sie sich immer mehr zurück). Das zusätzliche Wasser führt zu massiven Hochwassern. Das wäre an sich schon unangenehm genug. In den vergangenen Jahrzehnten wurde jedoch durch ungeplante, vor allem am Profit von Bauunternehmen orientierte, Baumaßnahmen in vielen Fällen nicht nur das notwendige Schwemmgebiet der Flüsse verbaut. Durch Druck

Auf Grund fehlender Investitionen in den Hochwasserschutz (unterfinanzierte Gemeinden, 15 %-Kürzung der Bundesmittel) führte dies notwendigerweise zu Überflutungen. Freiwillige HelferInnen bekommen ein Schulterklopfen, keine Unterstützung. Oft müssen sie sich (unbezahlten) Urlaub nehmen. Die durch privatwirtschaftliche Maßnahmen hervorgerufenen Schäden (2002: 3,2 Mrd., 2013: 870 Mio.) werden großteils von der Allgemeinheit getragen. Die Versicherungen berufen sich häufig auf „Höhere Gewalt“ und zahlen nicht.

Fall 2: Erdbeben in Pakistan (2005) - Anfang Oktober 2005 wurde Pakistan von einem Beben der Stärke 7,8 erschüttert. Die Angaben schwanken zwischen 75.000 und über 100.000 Todesfällen, 3,8 Mio. Menschen wurden obdachlos. Es waren die Ärmsten der Armen, die besonders unter dem Erdbeben zu leiden hatten. Die meist aus Lehmziegeln gebauten

Auch wenn die pakistanische ArbeiterInnenbewegung mit internationaler Unterstützung - auch das CWI hatte einen Spendenappell - alles tat, um den Menschen in der Region zu helfen: Als erste Profiteure stellten sich reaktionär-islamistische Gruppen ein. Sie errichteten, ermöglicht durch ausreichende Finanzierung aus den reaktionären Golfstaaten, Camps und verteilten Lebensmittel. Damit gelang es ihnen, sich in der Region zu verankern. Aber die Islamisten waren nicht die einzigen, die aus der Situation Profit zogen. TransportunternehmerInnen verdoppelten die Gebühren für die Nutzung der LKWs, private Bahnunternehmen vervierfachten die Preise. Die Regierung zeigte sich lange weder willens noch in der Lage, Hilfe zu bringen. Als sie es dann doch tat, behandelte sie die Situation v.a. als Sicherheitsproblem und schickte tausende Soldaten in die Region. Der Einsatz des Militärs sollte dessen Rolle in



der Gesellschaft stärken, von der Bevölkerung wurde bedingungslose Unterstützung der Regierung und der Armee bei ihrer „nationalen“ Aufgabe verlangt. Dem Militär gelang es, das durch seine Diktatur angeschlagene Image aufzupolieren. Auch der Imperialismus profitierte. Unter dem Namen „Hilfsmaßnahmen“ sicherte das US-Militär Positionen und stärkte seine Rolle in der Region, v.a. gegenüber der pakistanischen Regierung.

„Das war great, wie Fasanenjagd. Wenn es sich bewegt, erschießt du's.“

(Mitglied einer weißen Bürgerwehr in New Orleans)

Fall 3: Hurricane Katrina – New Orleans (2005) – Im August 2005 traf der Wirbelsturm Katrina auf die Küste von Louisiana. Eigentlich hätten die vom Army Corps of Engineers errichteten Dämme die Stadt schützen sollen. Wegen Unterfinanzierung, unzureichender technischer Ausführung und dem Abzug eines großen Teils der TechnikerInnen in den Irakkrieg hielten diese jedoch den Wassermassen nicht stand. Die ohnehin viel zu spät einsetzende Evakuierung der Stadt verlief planlos. Nur wer über ein Auto oder die notwendigen Mittel für ein völlig überbelegtes Flugticket verfügte, konnte die Stadt verlassen. An der Grenze zu Te-

xas baute die Nationalgarde ein Auffanglager auf; nicht um den Menschen zu helfen, sondern um alle Vorbestraften auszusortieren und wieder zurückzuschicken. Die Mehrheit der armen, schwarzen Bevölkerung, die schlicht nicht wusste wohin, blieb in der Stadt zurück.

Etwa 23.000 flohen in den Superdome – das American Football Stadion – und blieben in diesem tagelang ohne Lebensmittel, sauberes Wasser und

funktionierende sanitäre Einrichtungen gefangen. Die Armen in New Orleans blieben sich tagelang selbst überlassen. Es gab übertriebene und verzerrte Medienberichte über angebliche Plünderungen. Tatsächlich „plünderten“ die meisten Menschen nur Lebensmittel und Trinkwasser. Die Regierung, die sich als unfähig erwiesen hatte die Bevölkerung zu schützen bzw. zu retten, nutzte die „Berichte“ zum Einsatz der Nationalgarde zum Schutz von Privateigentum. Weiße Bürgerwehren nutzten die Gunst der Stunde zur rassistischen Hetzjagd und verhinderten mit Waffengewalt, dass Schwarze sich in vom Hochwasser betroffene, weil besser gelegene, weiße Viertel ret-

teten. Mehrere Hundert der über 1.800 Toten sollen von solchen Bürgerwehren erschossen worden sein. Auf die Katastrophe folgte die ethnische und soziale Säuberung der Stadt. Die Zerstörung bereitete den ImmobilienspekulantInnen den Weg. Die zerstörten Stadtteile wurden als günstiger Baugrund Spekulationsobjekte. Sozialbauten, Schulen, Klinken etc. in Armenvierteln wurden nicht wiedererrichtet.

Keine wie auch immer eingerichtete Gesellschaftsordnung kann Naturkatastrophen verhindern. Die massive Zunahme von Umweltkatastrophen in den letzten Jahrzehnten ist aber zu einem großen Teil durch die kapitalistische Wirtschaftsweise bedingt. Die globale Erwärmung erhöht massiv die Risiken von Überflutungen, Wirbelstürmen etc. Vor allem aber bedeutet die Tatsache, dass es kapitalistische Gesellschaften sind, die von den Katastrophen getroffen werden, dass die Armen am meisten zu leiden haben. Schlecht gebaute Häuser, mangelnde Schutzmaßnahmen, fehlende Infrastruktur und Gesundheitsversorgung haben mehr als die Katastrophen selbst zu Leid und Tod von Tausenden beigetragen. Während jene mit Geld sich und oft ihren Besitz retten können, liegt es in der Natur des Kapitalismus, dass es die Armen sind, die die Katastrophen am schlimmsten abbekommen und oft noch jahrelang darunter leiden.

Jan Rybak



Marx aktuell

Erst im Sozialismus, meinten Marx und Engels, wird die Menschheit wirklich frei sein. Durch die Planwirtschaft werden *„die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, [...] damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei.“* (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1880)

An diesem „frei“ hat sich viel Kritik festgemacht. Ein häufiger Vorwurf ist, dass MarxistInnen Wachstumsfanatiker wären und die Natur beherrschen wollten, dass sie sich eben zu „Herren über die Natur“ machen wollen. Die katastrophale Umweltzerstörung in den stalinistischen Staaten wird hierfür als Argument angeführt.

MarxistInnen erklären, dass es im Sozialismus zu einem unbegrenzten Wachstum der Produktivkräf-

MarxistInnen als WachstumsfanatikerInnen?

te kommen wird. Das bedeutet aber nicht unbegrenztes Wachstum an Masse. Es bedeutet also nicht, dass im Sozialismus jedeR 5 Autos haben wird oder wir uns monatlich völlig neu einkleiden. Produktivkräfte kann nicht mit Produktion gleichgesetzt werden, sondern eher mit Produktionsmöglichkeiten, wobei das auch den technischen Fortschritt beinhaltet.

Schon heute gäbe es viele Möglichkeiten, ökologischer zu leben und zu produzieren – nur werden diese meist nicht genutzt, weil sie nicht profitabel sind. Auch wird aus Profitgründen wenig in diese Richtung geforscht – vier von fünf ForscherInnen sind in der Rüstung tätig, in den USA fließen über 50 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesen Sektor. Der Kapitalismus ist zu einem Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Lobbys kaufen Patente auf und verhindern so umweltverträgliche Produktionen. Schon die vernünftige Anwendung existierender Technologien würde reichen, um die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen.

In der DDR, die kein Sozialismus war, aber eine nicht-kapitalistische Planwirtschaft hatte, gab es aufgrund des Mangels an Rohstoffen ein gut funktionierendes Recycling-System. Nach der Eingliederung in die BRD wurde dieses abgeschafft, der Markt mit Westprodukten inklusive aufwendiger Verpackung überschwemmt und die Müllmenge im Osten Deutschlands hat sich verdreifacht. In einer sozialistischen, geplanten Wirtschaft werden die Bedürfnisse der Menschen nach sauberer Umwelt und gesundem Essen berücksichtigt. Anfangs käme es zu großen Umwälzungen, um den Lebensstandard der Menschen in den ärmeren Staaten auf ein menschenwürdiges Level zu bringen. Doch das bedeutet nicht, dass mehr produziert werden muss, sondern dass besser verteilt werden muss. Es gibt bereits jetzt weltweit genug zu essen, um alle Menschen zu ernähren – nur werden heute Lebensmittel zerstört, um die Preise hoch zu halten. So könnten selbst nach dem heutigen Stand der Agrarwirtschaft zwölf Milliarden Menschen ernährt werden.

Die Gier, die im Kapitalismus existiert, der Wunsch, immer mehr haben zu wollen, ist das Ergebnis von Mangel und erzeugt die Klassengesellschaft mit Armen und Reichen. Im Sozialismus werden die Menschen nicht auf einmal alle „gut“ sein – aber der Mangel wird abgeschafft und damit auch die Notwendigkeit zu horten. Niemand kommt auf die Idee etwas zu horten, das im Überfluss vorhanden ist!

Politische Erdbeben in Katastrophenzeiten



Ein Beispiel, weil es gerade aktuell ist: Über viele Jahrzehnte hat Bosnien und Herzegowina nun schon mit Korruption, politischen Versorgerposten als Resultat des Dayton-Vertrages, ökonomischem Leerlauf und vor sich herwütender Privatisierung von ehemaligen Staatsbe-

genutzt, um den nationalen Schulterschluss zu propagieren: „Wir“, die BosnierInnen und HerzegowinerInnen, müssen gemeinsam gegen diese (für Klerikale aller Fraktionen noch: von Gott) auferlegte Prüfung bestehen. Es gibt keine Klassen mehr, es gibt keine ökonomischen Diffe-

Und Fakt ist: Naturkatastrophen können schnell zu politischen Krisen führen, als Beispiel dafür sei Nicaragua 1972 herangezogen. Die Inkompetenz der herrschenden Somoza-Diktatur nach Erdbeben und Tsunami heizte die Revolution an, die letztlich zu ihrem Sturz führte.

über Jahrzehnte betriebene wahnwitzige Ignorieren einer dringend nötigen Entminung. Oder in Sri Lanka 2004 beispielsweise das Versagen der Regierung, für ein Tsunami-Frühwarnsystem zu sorgen. Doch was ist die Lösung? Wie können demokratische Strukturen aufgebaut werden, die effektiver funktionieren? Ganz einfach: Es muss eine von den Betroffenen erbaute, demokratische Hilfsstruktur her, die jedeN ungeachtet von Religion, Ethnie oder Ähnlichem miteinbezieht. Hilfsbedürftige dürfen nicht wie Bittsteller dastehen, die dem kapitalistischen Staat oder reichen SpenderInnen für die inexistente Großzügigkeit auch noch danken müssen.

Ein Exempel dafür ist eben jenes oben erwähnte Sri Lanka, welches mit dem Tsunami vor fast genau zehn Jahren eine schreckliche Katastrophe erlebte. Dort war es ob der diskriminierenden Regierung, welche die unterdrückten TamilInnen nicht unterstützen wollte und sich zeitgleich an den Hilfen bereicherte, unbedingt nötig, eine selbstverwaltete Hilfe aufzubauen.

Die Schwesterorganisation der SLP in Sri Lanka, USP (United Socialist Party), half sofort an Ort und Stelle, demokratische Komitees aufzubauen, die die Verteilung der Hilfsgüter regelten. So konnten auch die vom CWI mithilfe von Spendenaufrufen und internationaler Solidarität aus der ArbeiterInnenklasse organisierten Spenden für Sri Lanka effektiv helfen. Solche demokratischen Strukturen sind auch die politische Antwort auf die berechnete Wut über die Unfähigkeit der Herrschenden. Denn sie legen die Basis für eine demokratische, nicht an Profiten orientierte und nicht nach Ethnien gesplattene Gesellschaft für die Zeit nach der Katastrophe. Denn es reicht nicht, nur die Auswüchse während der Zeit von Naturkatastrophen zu bekämpfen. Nur ein politisches und ökonomisches System, das sich an den Interessen aller orientiert, kann – wie der Fall Sri Lanka zeigt – die Folgen von Katastrophen abwenden oder wenigstens lindern. Denn Naturkatastrophen werden leider immer wieder passieren – Kapitalismus aber ist hausgemacht.

Clemens Wiesinger

Wie Naturkatastrophen von Herrschenden benutzt werden. Und was entgegengesetzt werden muss.

trieben zu kämpfen. Diese Problemfelder führten im Februar diesen Jahres zum Ausbruch einer gewaltigen Ladung Aggression gegen den Staat und seine Inkompetenz. Die Auswirkungen dieser Ereignisse hatte der bürgerliche Magen noch immer nicht ganz verdaut, als eine Flut über den Balkan hereinbrach, deren Schäden laut Schätzungen bis zu zwei Milliarden Euro betragen sollen.

Auch wenn man nichts Positives an einer Katastrophe solchen Ausmaßes sehen kann, so ist sie doch nicht für alle von Nachteil. Heißt es bei einer Fußball-Weltmeisterschaft: Unsere Nationalität gegen ihre – ignorieren wir die Klassengegensätze, so werden auch solche Katastrophen

renzen, vergessen sind die sozialen und wirtschaftlichen Probleme; da existiert nur noch eine Nation.

Näher betrachtet sind diese Floskeln natürlich totaler Unfug: Katastrophen egal welchen Ausmaßes und egal welcher Art betreffen die unterschiedlichen Klassen naturgemäß vollkommen verschieden. Doch die Propagierung des nationalen Schulterschlusses hat mehrere systemerhaltende Effekte zugleich: Erstens kann das Image von Armee und Politik bei Katastropheneinsätzen poliert werden. Zweitens gilt es einen gemeinsamen Feind zu besiegen, was drittens dazu führt, dass mögliche politische Änderungswünsche bis hin zu Revolutionen das Wasser abgegraben werden kann.

Das Unvermögen der Herrschenden wurde auch bei der Ressourcenvergabe am Balkan sichtbar. Das Hochwasser hat eine Welle der Solidarität in der ex-jugoslawischen Emigration hervorgerufen. Massenweise wurden Pakete abgeliefert, doch die politischen Parteien sahen sich nicht imstande, die Abgabe zu kontrollieren und zu überwachen. So führte das auch in BiH zu Hamstern und Weiterverkauf der Waren durch einzelne Personen, die Profit daraus schlagen wollten. Doch mehr noch: Durch das Herumschwimmen von Landminen im Hochwasser, eine massive Gefährdung der Bevölkerung, erkannten viele Leute das von der etablierten Politik

Gegen Kürzungen und Prekarisierung

Niedriglöhne und miese Jobs nehmen weltweit zu. Das trifft vor allem für den Fast Food Bereich zu. Ob Niedriglöhne, Prekarisierung oder Flexibilisierung, gekürzt wird global. In Australien findet seit Jahren ein Abbau von ArbeiterInnenrechten statt. So sind mittlerweile 40% aller australischen ArbeiterInnen unsicher beschäftigt. Gerade Junge Fast Food Angestellte haben unter dieser Situation zu leiden. In manchen Regionen herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 20%. Für viele junge ArbeiterInnen ist die unsichere Beschäftigung also keine Wahl, es ist das Einzige, das sie kriegen. Mehr als 60% aller Jugendlichen üben nur Gelegenheitsjobs aus, die meisten davon in der Fast Food Branche.

Auch die Gewerkschaften in Australien setzen auf Sozialpartnerschaft, Zusammenarbeit mit den Unternehmen und handeln faule Kompromisse aus. Sie haben die miese Situation, va. für Jugendliche, zugelassen. Kein Wunder, wenn weniger als 10% aller Jugendlichen in Australien gewerkschaftlich organisiert sind. Erst 2011 hat sich der „Australian Council of Trade Unions“ (ACTU) in einer Untersuchung mit der Frage der Prekarisierung beschäftigt!

Das wirft die Frage auf, wie diese junge ArbeiterInnen zu organisieren sind. Die Socialist Party (CWI in Australien) hat in den vergangenen Jahren gegen Kürzungen kampagnisiert. Die noch junge Gewerkschaft UNITE ist mit der Socialist Party eng verbunden. Der Fokus auf junge ArbeiterInnen im Fast Food und Einzelhandelsbereich hat schnell zu einer Verwurzelung unter den dortigen Beschäftigten geführt. Seit der offiziellen Gründung im Jahr 2006 konnte UNITE bereits einige Erfolge verbuchen. So mussten UnternehmerInnen 500.000\$ nicht ausbezahlte Löhne auf Druck von UNITE nachzahlen. UNITE übt Druck im Gegensatz zu ACTU nicht nur am Verhandlungstisch aus. Sie nennt sich nicht nur „kämpferische Gewerkschaft“, sondern vielmehr stehen Protesten auf der Straße durch aktive Beteiligung der Mitglieder im Mittelpunkt. UNITE ruft aber ACTU auch dazu auf, das Thema endlich aufzugreifen und Proteste zu organisieren. Mit Verschärfung der Krise und der zunehmenden Paralyisierung der etablierten Gewerkschaften in Australien wird sich diese Situation nur noch verschärfen.

Stefan Reifberger

Die Krise der neuen Generation



Die Krise hat jeden getroffen. Doch nun zeigt sich, dass die Jugend das härteste Los gezogen hat. Österreich erreicht 1,4% Wirtschaftswachstum, verkündet die Wirtschaftskammer voller Stolz. Jetzt geht's wieder bergauf.

Von wegen! Trotz leichtem Wirtschaftswachstum büßten ArbeiterInnen wegen steigender Preise 1,2% ihrer Reallöhne ein. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt konstant. Dieses Jahr liegt sie schon bei 9,5%

(das feiert die Regierung als wenig!). Eine Steigerung um 12% im Vergleich zum Vorjahr. Parallel dazu steigen Mieten in noch nie da gewesene Höhen. Nicht einmal mehr ein Studium bewahrt junge Menschen mehr vor Armut und Arbeitslosigkeit.

Ein immer kleineres Job Angebot in Verbindung mit sinkenden Löhnen und steigenden Preisen: so sieht die Perspektivlosigkeit des Kapitalismus aus!

Max Uhlir

Angebot des Monats

JVP-Memberclub bietet allen Mitgliedern der Jungen ÖVP Oberösterreich zahlreiche Vorteile. Pro Monat gibt es mindestens ein exklusives Angebot. Egal ob vergünstigte Festivalpässe, Gewinnspiele, Konzert- oder Schikarten, Einkaufsgutscheine oder günstigeren Eintritt ins Kino - mit dem JVP-Memberclub gewinnst du immer!

JUNI - AVICII

Frequency

Das Line-Up des diesjährigen FM4 Frequency Festivals kann sich sehen lassen. Von 13. bis 16. August rocken im Green Park St. Pölten Macklemore & Ryan Lewis, Queens of the Stone Age, Skrillex, Placebo, Blink 182 und viele Topstars mehr. Den Festivalpass gibt's für dich um 131,- statt 145,- Euro. Pro Person nur ein Ticket!

Foto: www.skalarmusic.at



AUGUST - THALIA

Jahresangebote

Als JVP-Member erhältst ganzjährig vielfältige Vergünstigungen und Rabatte:



JVP: Rabatte statt Inhalte

Immer mehr Jugendliche wählen die FPÖ oder die Grünen, folglich verliert die ÖVP immer mehr jun-

gung und wohl auch Geld bedeutet (auch wenn sich die JVP über ihre Finanzquellen bedeckt hält).

ßer in Niederösterreich wird auch kein Mitgliedsbeitrag verlangt.

Die Junge ÖVP wirbt neuerdings mit Rabatten um neue Mitglieder.

ge WählerInnen. Da die ÖVP wenig attraktiv ist, versucht sie es mit finanziellen Anreizen. Als Mittel dazu dient die Jugendorganisation der ÖVP, die Junge Volkspartei (JVP). Laut eigenen Angaben hat die JVP über 100.000 Mitglieder. Hohe Mitgliederzahlen sind wichtig, da das Einfluss in der Bundesjugendvertre-

Durch eine Mitgliedschaft bei der JVP erhält man Rabatte in vielen Geschäften und auch Tickets für Festivals und Konzerte, wie für das FM4 Frequency sind so billiger zu haben. Die Mitgliedschaft lässt sich online beantragen. Es ist nicht nötig, zu einem Treffen der JVP zu gehen oder sonst irgendwie aktiv zu werden. Au-

Bund, Land und Gemeinden kürzen bei Jugendeinrichtungen, die es ohnehin nur mangelhaft gibt. Dafür ist die ÖVP (mit)verantwortlich. Dies nützt die JVP, aber auch Jugendorganisationen von anderen Parteien, für sich aus. Bundesobmann der JVP ist Sebastian Kurz. Als Minister verdient er monatlich 16.320 Euro. Es ist schwer zu glauben, dass er sich bewusst ist, mit welchen finanziellen Problemen sich Jugendliche herumschlagen müssen.

Nicolas Prettner

Fundstück des Monats Zynischer Integrationsfonds!

Der Österreichische Integrationsfonds vergibt ein "Liese Prokop Stipendium". Mögliche interessierte MigrantInnen werden geduzt. Wir erinnern uns: Innenministerin Prokop (2004-06) stand für Rassismus, Abschiebungen, Überwachung, Polizeiübergriffe und die Verschärfung des Asyl- und Fremdenrechts...

ÖSTERREICHISCHER INTEGRATIONS FONDS

entren
vereinbarung
derung
Frühförderung
Fonds

Liese Prokop Stiper
Der OIF vergibt im Studienjahr sich im Vorstudienlehrgang, im
Wer kann sich für e
Das Liese Prokop Stipendium erkennt damit Leistung von Mlg Vorstudienlehrgangs, des orde



Für ein unabhängiges, sozialistisches Schottland!

Die Unterstützung für schottische Unabhängigkeit steht aktuell bei 40 %, unter ArbeiterInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen noch höher. Sie sehen das Referendum als Ausweg aus endloser Sparpolitik und fallenden Lebensstandards. Für MarxistInnen, v.a. für uns als Socialist Party Scot-

die treibenden Kräfte hinter der hohen Unterstützung für Unabhängigkeit. Die Durchschnittslöhne sind in Schottland seit 2009 um 8 % gefallen. Fast 500.000 ArbeiterInnen verdienen weniger als 7,45 Pfund/ Stunde, 870.000 Menschen - 20 % - leben in Armut. West-

Mehrheit ist, wird das Referendum knapper ausfallen, als die KapitalistInnen sich wünschen.

Gleichzeitig ist es nötig, vor Illusionen in Unabhängigkeit auf kapitalistischer Basis zu warnen. Eine unabhängige schottische Regierung, die die Spielregeln des Kapitalismus ak-

aus Schottland. Aber es ist klar, dass eine von der SNP geführte unabhängige schottische Regierung die Sparpolitik fortsetzen wird. Sie hat in den letzten sieben Jahren alle Kürzungen, die die UK Regierung beschlossen hat, umgesetzt. Sie hat keine Alternative zum Sparen. Sie ist sogar gegen begrenzte Maßnahmen von Verstaatlichung, wie z.B. der privatisierten Gas- und Strombetriebe. Die SNP plant stattdessen eine Währungsunion mit dem Rest des UK. Damit würde ein unabhängiges Schottland die Kontrolle über die Zinsen an die Bank of England (Zentralbank) abgeben und zum Teil die Kontrolle über das schottische Budget verlieren. Eine derartige Zwangsjacke würde es an Langzeit-Sparpolitik binden.

Die Mehrheit der BefürworterInnen der Unabhängigkeit suchen einen Ausweg aus Kürzungen und Krise. So ist ein Vakuum für Ideen links von der SNP entstanden. Für ein Ende der Sparpolitik ist ein entschiedener Bruch mit der kapitalistischen Logik Voraussetzung. Die SPS spielt eine führende Rolle in der sozialistischen Kampagne für Unabhängigkeit, gemeinsam mit Tommy Sheridan, einem bekannten

Sozialisten und ehemaligem CWI-Mitglied. Sheridan hat seit Jänner zu über 10.000 Menschen bei überfüllten Veranstaltungen über ein unabhängiges sozialistisches Schottland gesprochen. Es gibt im Rahmen der Kampagne ein großes Potential für sozialistische Ideen. SPS fordert u.a. - neben einem Stopp der Sparpolitik - einen Mindestlohn von 10 Pfund/ Stunde, echte Jobs und Gewerkschaftsrechte für alle, sowie den Aufbau einer MassenarbeiterInnenpartei, die sich auf Gewerkschaften, Anti-KürzungsaktivistInnen und SozialistInnen stützt. Gleichzeitig kann der Kampf gegen Kürzungspolitik nur international erfolgreich sein. Die Einheit der ArbeiterInnenklasse international ist der Schlüssel, um den Würgegriff des globalen Kapitalismus und seiner Institutionen wie EU und IWF zu brechen. Die SPS ist daher für ein unabhängiges sozialistisches Schottland, das eine freiwillige und demokratische sozialistische Föderation mit England, Wales und Irland als ersten Schritt zu einer sozialistischen Veränderung von Europa und der Welt bilden kann.

Phillip Stott,
Socialist Party Scotland

Am 18. September 2014 wird das Referendum über eine mögliche Unabhängigkeit Schottlands abgehalten.

land/SPS (SLP-Schwesterorganisation in Schottland), stellen sich wichtige taktische und programmatische Fragen. SPS ruft für eine Stimme für Unabhängigkeit ("Ja") auf. Das verbinden wir aber mit der Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus. Ein sozialistisches Schottland könnte die Sparpolitik beenden und einen Mindestlohn einführen, von dem man leben kann. Das umfasst die Überführung von Banken- und Ölsektor sowie der großen Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnenklasse und eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Wirtschaftskrise und brutale Sparpolitik sind

minster will in den nächsten beiden Jahren weitere 6 Milliarden Pfund bei Sozialleistungen und Sozialwesen kürzen. Das ist der Hintergrund für die Abstimmung. Die herrschende Klasse in Britannien versucht, ein Zerbrechen des UK zu verhindern. Ihre Kampagne, das sogenannte "Project Fear", versucht, Ängste über Jobverlust und Konsequenzen für Pensionen und Lebensstandard zu schüren. Allerdings hatte das nicht den von ihnen gewünschten Effekt. Rund 1 Million Menschen in Schottland, zum großen Teil ArbeiterInnen, sagen, sie werden im September mit "Ja zur Unabhängigkeit" abstimmen. Obwohl das keine

zeptiert, könnte weder die öffentlichen Ausgaben erhöhen noch die Kürzungen stoppen. Die offizielle Ja-Kampagne wird von der pro-kapitalistischen SNP dominiert, die die Mehrheit im schottischen Regionalparlament hält. Im Unterschied zu anderen nationalistischen Parteien in Europa ist sie keine rechtspopulistische, rechtsextreme oder Anti-Migrationspartei. Sie steht in vielen Fragen links der verbürgerlichten Labour Party und schlägt begrenzte Reformen vor: eine Anhebung des Mindestlohns um die Inflation, eine Verdopplung der Stundenzahl an Kinderbetreuung für 3-4 Jährige, und das Entfernen des Trident-Atomwaffenprogramms

Putin, Ukraine und die Linke

Die Ukraine versinkt im Chaos, brutal geht die Kiewer Regierung mit Hilfe von faschistischen Milizen gegen die Rebellen im Osten vor. Beim Beschuss von Zivilgebieten sterben Hunderte, Tausende müssen flüchten und FaschistInnen ermorden ungestraft Linke. Die EU unterstützt dieses Regime uneingeschränkt.

Trotzdem gibt es in der Linken Illusionen über die Rolle der EU bzw. Österreichs. Manche stellen sich auf die Seite der EU, andere fordern Neutralität. Aber EU und Österreich vertreten nur die Interessen von Banken und Konzerne, und die sind in der Ukraine schlechte Arbeitsbedingungen und Privatisierungen, mit furchtbaren Auswirkungen auf die ukrainische ArbeiterInnenklasse.

Die gegensätzliche, genauso falsche Position, ist eine positive Darstellung des Putin-Regimes als Verteidiger der russischen Minderheit im Osten und Kämpfer gegen den Faschismus. Lächerliche Argumente, wenn man bedenkt, dass in Russland ArbeiterInnen und Minderheiten diskriminiert werden und deren Verfolgung durch Rechtsextreme toleriert wird.

Putin hat kein Interesse am Schutz der Bevölkerung, sondern will die Rebellen im Osten nutzen, um

seinen Einfluss auf die Ukraine auszubauen, z.B. für Verhandlungen über Gaslieferungen.

Die Aufgabe der Linken besteht nicht darin, den einen oder anderen bürgerlichen Staat zu unterstützen. Unter Wahrung von Selbstbestimmungsrechten ist die Positionierung auf Seiten der ArbeiterInnenklasse, nicht einer bürgerlichen Regierung, nötig. Weder Nationalismus noch eine der beiden imperialistischen Seiten bietet einen Ausweg aus Krieg, Ausbeutung und Diskriminierung – sie führen nur zur Spaltung des Landes.

Ein Überwinden dieser Spaltung kann aber nur gelingen, wenn soziale Kämpfe unterstützt werden und somit der Kampf aller ukrainischen Lohnabhängigen und Jugendlichen gegen Sozialkürzungen, Privatisierungen und Krieg geeint geführt wird.

Dieser Kampf kann die Grundlage für eine neue Partei der ArbeiterInnen liefern, die ihnen ein Werkzeug gibt, um gegen alle Regierungen der OligarchInnen und NationalistInnen und für ein anderes, ein sozialistisches, Gesellschaftssystem zu kämpfen

Denn solange der Kapitalismus existiert, wird es immer zu Konflikten zwischen imperialistischen Staaten kommen. **Christoph Glaninger**



Eine demokratische EU?

All die Versprechungen der vergangenen Jahrzehnte – Frieden, Wohlstand, Demokratie – haben sich als falsch erwie-

ten direkt wählen, hat daran nichts geändert. Denn längst ist klar: Entschieden können nicht „die Menschen“ in Euro-

Zur Zeit profitieren von der Wut über die EU v.a. rechte EU-GegnerInnen. Doch mangelnde Demokratie durch mangelnde

Demokratie und die EU sind unvereinbar.

Diese Schlussfolgerung ziehen viele Menschen.

sen. Kaum jemand sieht in der EU noch ein Zukunftsprojekt welches Vorteile für die lohnabhängige Bevölkerung bereithält. Dies wurde bei der vergangenen Wahl v.a. mit der größten WählerInnengruppe deutlich: den NichtwählerInnen. Wenn Menschen wählten, dann das kleinere Übel.

Die Lüge, die WählerInnen könnten den Kommissionspräsidenten-

pa, sondern es entscheidet „die Wirtschaft“ – stellvertretend durch den Rat. Die SLP war von Anfang an gegen die EU, gegen dieses Europa der Unternehmen. Aktuell kommen auf einen Abgeordneten ca. 19 WirtschaftslobbyistInnen. Dem EU Parlament mehr Macht zu verleihen (wie auch immer das mit den Interessen der einzelnen Staaten vereinbar wäre) ändert daran nichts.

Demokratie in den kapitalistischen Nationalstaaten zu ersetzen ist keine Lösung. Ein wirklich demokratisches Europa kann kein kapitalistisches Europa sein. Frieden und Wohlstand in Europa kann nur über den gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen in ganz Europa gegen den diktatorischen Sparkurs der EU erreicht werden.

Moritz C. Erkl

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Israel: Proteste gegen Militär

In den vergangenen Wochen wurden drei israelische Jugendliche entführt und später ermordet aufgefunden. Dieser tragische Vorfall wird von der israelischen Regierung für eine militärische Offensive missbraucht. Es gab mehrere Luftangriffe auf Gaza. Aus Protest zogen am 21.6. hunderte DemonstrantInnen, unter anderen AktivistInnen des „Socialist Struggle Movement“ (SSM; CWI in Israel), durch Tel Aviv. Während und nach

der Demonstration kam es zu Übergriffen durch einige NationalistInnen. SSM ruft zu größeren Protesten auf und machte klar, dass Repression und Kollektivstrafen keine Sicherheit bringen werden, sondern eine neue Runde von Blutvergießen einläuten. Notwendig ist stattdessen der gemeinsame Kampf von israelischen und palästinensischen ArbeiterInnen und Jugendlichen für soziale Verbesserungen.

<http://maavak.org.il>

USA: 15\$ Mindestlohn erkämpft!

Nicht einmal ein Jahr nachdem Kshama Sawant, Aktivistin von Socialist Alternative (CWI in USA) in den Stadtrat von Seattle gewählt wurde, wurde das Haupt-Wahlversprechen eingelöst: Ein Mindestlohn von 15\$ – der weltweit höchste. Möglich wurde dies durch eine starke Kampagne von BasisaktivistInnen, '15Now', initiiert von Socialist Alternative. Die Unternehmer erkämpften sich einige Schlupflöcher und

der Stadtrat beschloss eine verwässerte Version der Forderungen. Sawant, Socialist Alternative und '15Now' kämpfen nun weiter für die schnellstmögliche Einführung, ohne Ausnahmen. Mittlerweile breitet sich '15Now' im ganzen Land aus. In Städten wie San Francisco und Oakland sind 15\$ zum Greifen nah. Sawant: „Der Kampf für 15\$ ist nur der Anfang – wir haben eine Welt zu gewinnen!“ www.socialistalternative.org

Angriff auf CWI

Eine dem chinesischen Regime nahestehende Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 10.6. Socialist Action (CWI in HK) angegriffen. Vorgeworfen werden dem CWI „sehr gewalttätige Methoden“ in Brasilien, Türkei und Schweden. Grund für die Diffamierungen ist der wachsende Druck auf das Regime, der mit der Pro-Demokratie-Demonstration am 1.7. mit ca. 500.000 Menschen einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

<http://chinaworker.info>



Gewerkschaften: Bürokratisch, aber Klassenorganisationen!

*„Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein“ (Marx):
Das trifft auch auf die Gewerkschaftsführung zu.*

Die Enttäuschung über die Gewerkschaft ist bei vielen zu Recht groß. Doch die Organisation Gewerkschaft ist nicht mit ihrer führenden Schicht von FunktionärInnen bzw. der Bürokratie identisch. Diese stellt eine soziale Schicht mit Eigeninteressen dar. Sie ist nicht automatisch entstanden, sondern durch eine Kombination von Faktoren: Aufgrund des Wachstums der Gewerkschaften wurden Menschen gebraucht, die hauptberuflich zur Verfügung standen. Doch die Spezialisierung und der tägliche Kleinkampf um Details hatte Folgen. „Die beständig vom ökonomischen Kleinkrieg absorbierten Gewerkschaftsleiter, die es zur Aufgabe haben, den Arbeitermassen den hohen Wert jeder noch so geringen ökonomischen Errungenschaft, jeder Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit plausibel zu machen, kommen allmählich dahin, dass sie selbst die größeren Zusammenhänge und den Überblick über die Gesamtlage verlieren.“ (Rosa Luxemburg, 1906). Die Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs und nur wenige Klassenkämpfe (im 19. Jahrhundert, und dann nach 1945) schufen Illusio-

nen in reformistische Konzepte. Verstärkt wurde das durch die mit der Gewerkschaft eng verbundene und zunehmend innerhalb des Kapitalismus verharrende Sozialdemokratie, die auf den bürgerlichen Staat setzte.

Die Diskussion über die Bürokratie ist nicht neu. Gewerkschaften sind Kampforganisationen der ArbeiterInnenklasse. Wenn die Bürokratie durch ihre ökonomische Situation, ihre sozialen Privilegien, nicht mehr die Interessen der ArbeiterInnenklasse vertritt, kann sie zur Agentur der Bourgeoisie in der ArbeiterInnenklasse werden.

Praktisch haben die Gewerkschaften in einer langen Periode der „Sozialpartnerschaft“ das Kämpfen verlernt und aufgegeben. Die Bürokratie hat sich daran gewöhnt, mit Unternehmen am grünen Tisch zu verhandeln und die Brosamen des Aufschwungs für die ArbeiterInnen abzubegeben. Doch das ist nicht der Normalzustand des Kapitalismus. Der Normalzustand ist Krise und Klassenkampf, Lohnkürzung, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau – genau das, was wir seit einigen Jahren erleben.

Deshalb haben Unternehmen auch längst die „Sozialpartnerschaft“ gekündigt und durch Klassenkampf von oben ersetzt. Die Gewerkschaftsbürokratie fleht die Unternehmen an, die „Sozialpartnerschaft“ aufrechtzuerhalten und „an den Verhandlungstisch zurückzukehren“.

Es scheint, als käme die Bürokratie gar nicht auf die Idee, gewerkschaftliche Kernaufgaben wahrzunehmen, d.h. Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Das ergibt sich auch aus der sozialen Stellung, die Ursache und Auswirkung ihrer ideologischen Orientierung auf den Kapitalismus ist. Hohe FunktionärInnen in ÖGB und Fachgewerkschaften sind von Angriffen der Unternehmen nicht selbst betroffen und verdienen ein Vielfaches derer, die sie vertreten sollen. Der Kampf gegen die politische Rolle der Bürokratie muss mit dem Kampf gegen ihre sozialen Privilegien verbunden werden: z.B. durch einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn für FunktionärInnen und deren jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit.

Die enge Verbindung zwischen SPÖ und ÖGB-Spitze

ist ein weiterer Grund dafür, dass die Gewerkschaften lahmgelegt sind. Viele hohe GewerkschaftsfunktionärInnen sind Nationalratsabgeordnete und FunktionärInnen der SPÖ. Doch die SPÖ ist nicht einmal mehr reformistisch, sondern vollständig verbürgerlicht und macht rassistische und neoliberale Politik. Die GewerkschafterInnen beeinflussen den Kurs der SPÖ nicht, doch die SPÖ setzt über die Gewerkschaftsspitze ihren Kurs um. Anders der Druck in den mittleren und unteren Ebenen der Bürokratie: Diese steht unter dem Druck der Basis. Am unmittelbarsten ist dieser Druck der Mitgliedschaft wohl bei den BetriebsrätInnen. Druck von unten zwingt die Bürokratie in Kampagnen oder Demonstrationen, da Mitgliederschwund den eigenen Job gefährdet. Doch wenn gerade in Krisenzeiten eine über den Tellerrand des Kapitalismus schauende Perspektive fehlt, stehen diese Aktionen isoliert da, haben keine Eskalationsstrategien und enden in faulen Kompromissen.

Doch Gewerkschaften bleiben auch mit Bürokratie Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Es wäre falsch,

ihnen den Rücken zuzukehren. Ohne Organisation stehen ArbeitnehmerInnen völlig entwaffnet da und sind den Unternehmen – aber auch der etablierten Politik – völlig ausgeliefert. Darum ist ein politischer Kampf gegen die Bürokratie und ihre Ideologie notwendig. Und gerade dafür ist es nötig, in der Gewerkschaft zu sein. Druck von unten, von Mitgliedern und AktivistInnen, von jenen, die in Arbeitskämpfen stehen und sich organisieren, wirkt. Damit die Gewerkschaft nicht im täglichen Kleinkrieg stecken bleibt, wäre auch eine politische Organisation für ArbeiterInnen, also eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm nötig. Während der ÖGB von der SPÖ getrennt werden muss, muss eine ArbeiterInnenpartei eng mit den Gewerkschaften verbunden sein, um dort für Demokratie, kämpferischen Kurs und dafür zu sorgen, dass der Kampf für wirkliche und nachhaltige Verbesserung des Lebens von ArbeiterInnen durch Abschaffung der Lohnarbeit, des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Überwindung des Kapitalismus nicht aus den Augen verloren wird.

Helga Schröder

SLP-Programm genau erklärt:

Für ausreichend, ausfinanzierte und selbstverwaltete Jugendzentren! Jugendliche brauchen Treffpunkte.

So einfach das klingt, so schwer ist das in der Praxis: Bars sind oft zu teuer, drau-

tiv. Außerdem fielen in den letzten Jahren eine ganze Reihe Jugendzentren kommunalen Kürzungen zum Opfer.

In Jugendzentren werden oft aus der Angst Förderungen zu verlieren, Treffen

(erkämpfte) von Jugendlichen verwaltete Treffpunkte gibt, leisten sie zwar viel, ohne öffentliche Finanzierung fehlen aber die Mittel, um wirklich zu blühen.

Die SLP fordert ausfinanzierte, von den Beschäftigten und Jugendlichen gemeinsam verwaltete Jugendzentren. So haben Jugendliche nicht nur einfach irgendeinen Ort, sondern einen, den sie gestalten können, wo sie die Regeln machen und so einen Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben finden können. Wer glaubt, das würde im Chaos enden, sollte sich Beispiele selbstverwalteter Jugendprojekte anschauen: Die Jugendlichen geben sich selbst klare Regeln, um zu erhalten was ihnen gehört, und sie gestalten ein eigenes Jugend-Kultur-Programm.

Jugendliche geben sich selbst klare Regeln. Wenn man sie lässt.

ßen sitzen geht oft nicht, und Jugendzentrum? Oft – besonders am Land – gibt es keines.

Und viele Jugendzentren werden von PolitikerInnen mit so vielen „pädagogischen Zielen“ versehen, dass kaum Spaß aufkommen kann. Manche verbieten aus Angst davor ein „Drogenloch“ zu werden, jeden Alkohol. Damit werden sie für Jugendliche über 12 praktisch unattrak-

politischer Gruppen nicht zugelassen. In der Praxis bedeutet das, dass Linke, die Mitglied einer Partei oder Gruppe sind, draußen Politik machen müssen, während Rechtsextreme, die nur lose oder inoffiziell organisiert sind, ein Forum erhalten.

So gut wie immer geht es darum, was Ältere für Jugendliche wollen, fast nie um das, was die Jugendlichen selbst wollen. Dort wo

„Und darum bin ich bei der SLP!“

Als Jugendlicher war ich autonomer Linker. Später war ich durch private und arbeitsbedingte Umstände politisch weniger aktiv, SPÖ-Wähler, Gewerkschaftsmitglied, das war's auch schon. Seit Beginn der Wirtschaftskrise, aber auch bedingt durch die ständigen Einschränkungen der Freiheits- und Menschenrechte, beschloss ich, wieder politisch aktiv zu werden. Aber wo? Die SPÖ war un-

geeignet. Beim letztjährigen "Walk for IDAHO" traf ich AktivistInnen der SLP.

Nachdem ich das erste VORWÄRTS gelesen hatte, wusste ich: Was ich will und wofür die SLP steht, ist in etwa das Gleiche! Von da an besuchte ich die Treffen, unterstützte die Aktionen und seit 1. Mai bin ich Mitglied der SLP. Besonders gefällt mir, dass Jüngere und Ältere gemeinsam am Aufbau einer

internationalen ArbeiterInnenpartei arbeiten und mit anderen Linken und sozialistischen Organisationen gemeinsam gegen Sexismus, Rassismus und Sozialabbau ankämpfen. Mir ist heute klar, dass der Kampf gegen Kapitalismus und für eine klassenlose, sozialistische Gesellschaft nur organisiert und international geführt und gewonnen werden kann.

Frank Müllauer, 47 Jahre, Salzburg

Sozialistische Arbeit im „heiligen Land“ Tirol finanziell unterstützen!

Österreich ist ja bekanntlich mehr als Wien. Und daher ist für die SLP der Aufbau von Ortsgruppen in allen Teilen des Landes wichtig. Seit einiger Zeit sind wir auch in Innsbruck aktiv. Ein interessantes Pflaster, das auch ganz anders zu bieten hat als die Tiroler Schützen und Andreas Hofer. Nämlich SchülerInnenproteste, Flüchtlingsproteste, Antifa-Demos

und vieles mehr. Sozialistische Inhalte sind dabei aber noch wenig vertreten. Und das wollen wir mit Hilfe unserer LeserInnen ändern!

500 Flugblätter kosten 7,5 Euro
Ein Infotisch: 40.-
Ein Megafon: 50.-
Spenden bitte auf unser PSK-Konto (IBAN: AT2560000000 8812733)



Verwendungszweck: Startpaket Tirol

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
 jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
 im 'Wiener Café'
 Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
 jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
 im 'Stockwerk'
 Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
 jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
 im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
 jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
 im 'Shakespeare'
 Hubert-Sattler-Gasse 3
 Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
 Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
 Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Sommer-Debatten (Juli und August):

Jeden Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
'Amerlinghaus'
 1070; Stiftgasse. 8 (erreichbar mit U2/U3 Volkstheater bzw. 49er

16.7.: Kapitalismus & Umwelt
23.7.: Sexuelle Gewalt gegen Frauen

30.7.: Ukraine, Putin & die Linke
6.8.: Alternativen zu Erdogan

13.8.: Identitäre, Europäische Aktion und die "neue Rechte"

20.8.: Sozialistischer Reisebericht aus den USA



Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at

Andere über uns



Die SLP war zentral an den Massenprotesten gegen den Besuch des türkischen Präsidenten Erdoğan, verantwortlich für tödliche Arbeitsunfälle und Polizeigewalt, beteiligt. „Der Standard“ interviewte SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch. Sie betonte, dass die rassistische Politik der Regierung und die Hetze der FPÖ Erdoğans größte Wahlhelfer sind und rief zu gemeinsamen Widerstand auf.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Kaum eine linke Demo ohne Polizeiübergriffe

Mehr auf Seite 5

Widerstand gegen Polizeigewalt

Über die zunehmende Polizeigewalt wird kaum berichtet. Hört man doch etwas, waren es nur "Ausrutscher".

Sicher ist Ihnen aufgefallen, dass sich die Fahrsteinkontrollen in den Öffis zu regelrechten Razzien entwickelt haben. Ausweiskontrollen nehmen stark zu. Auch sonst ist Überwachung allgegenwärtig. JedeR wird kontrolliert, dass KeineR Unfug treibe. Zur Legitimierung liefern die Medien ein Bedrohungsszenario. Spätestens seit dem Burschenschaftlerball im Jänner hört und liest man in den Nachrichten von bösen Linksradikalen, die angeblich die Stadt verwüsten. So die Darstellung, die mit der Wahrheit wenig zu tun hat.

Um die Menschen von weiteren Aktivitäten abzuhalten, statuiert man ein Exempel an Einzelpersonen, wie z.B. Josef. Der Jenaer be-

teiligte sich an den Demos gegen Rechts. Seither sitzt er im Gefängnis, ohne dass es handfeste Beweise gäbe. Die wahren Verbrecher aber, die sich bereichern, wie Grasser etc. laufen frei herum.

Wie lässt sich die zunehmende Repression erklären? Solange sich der Protest auf wenige beschränkt, sehen sich Staat und Kapital nicht bedroht. Aber seit der Krise nehmen soziale Probleme zu, die Menschen sind wütend. Das spiegelt sich auch in politischen Aktivitäten wider. Um das zu verhindern, wird auf Einschüchterung mit Repression und Überwachung gesetzt. Abhalten werden wir uns davon aber sicher nicht lassen!

Sedef Yavuz



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.